Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 84. Sonnabend, den 27. Oktober 1934. 83. Jahrgang.

Polen im Donauraum

Die Reise des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös nach Polen hat die Hoffnungen der Anhänger einer Revision der Friedensverträge von 1919 enttäuscht. Ungarn ist seit fünfzehn Jahren der lauteste Vorkämpfer dieser Revision, und Gömbös vertritt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Graf Bethlen die taktische Auffassung, daß in der Propaganda dafür auch nicht vorübergehend nachgelassen werden dürfe. Wenn Italien neuerdings Miene macht, sich mit Frankreich über eine Politik zu verständigen, die im Großen und Ganzen auf die Sicherung der bestehenden Grenzen hinausläuft, so sucht Ungarn diese Annäherung nach Möglichkeit aufzuhalten und außerdem neue Freunde für seine Auffassungen zu gewinnen. Wie weit der erste Teil dieses Programms — das Festhalten Italiens im Lager der Revisionisten — dieses Programms durchgeführt werden kann, ist nach den blutigen Ereignissen von Marseille vorerst schwer zu übersehen. Gömbös wird sich darum bei seinem bevorstehenden Besuch bei Mussolini eifrig bemühen. Der zweite Teil — **die Gewinnung Polens für den Kampf gegen den Frieden von Trianon** — ist in den Warschauer Verhandlungen des ungarischen Ministerpräsidenten, soweit erkennbar, **um keinen Schritt vorwärts gekommen.**

Polen hat mit der Tschechoslowakei noch einige alte Rechnungen zu begleichen. Ungarns Wunsch nach Aenderung der heutigen Grenzen richtet sich in erster Reihe auch gegen den tschechoslowakischen Staat. Wenn Gömbös in Warschau von polnisch-ungarischer Zusammenarbeit zur Herstellung einer neuen Konstellation in Mitteleuropa im Geiste der Gerechtigkeit sprach, so konnte das nur bedeuten, daß die beiden durch geschichtliche Ueberlieferungen und gesellschaftliche Anschauungen ihrer herrschenden Schichten miteinander verbundenen Völker gemeinsam die tschechische Bauern und Kleinbürgerrepublik in die Zange nehmen sollten. Aber gerade jetzt nach Marseille, da die öffentliche Meinung der größeren Staaten Europas, vor allem Frankreichs u. Deutschlands, darin wetteifert, einem der Mitglieder der Kleinen Entente Mitgefühl und Hilfsbereitschaft zu erweisen und kommt damit, gewollt oder ungewollt, diesem ganzen Gebilde in seinem Kampf für die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen Standes zu Hilfe. Da bedeutet Festlegung für die ungarischen Forderungen für jede Macht, die sich darauf einläßt, nichts anderes als Selbstisolierung.

Polen hat dazu keine Lust. Seine selbständige Außenpolitik in den letzten Jahren brachte ihm zwar eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses zu Frankreich ein, aber dafür eine Verbesserung der Beziehungen zunächst zu Rußland und dann vor allem zu Deutschland, sowie nicht zuletzt eine verstärkte Beachtung auch in England. Das Gleichgewicht dieser Stellung im Konzert der Großmächte aufrechtzuerhalten, ist keine ganz leichte Aufgabe. Marschall Pilsudski großer politischer Erfahrung und wohlberechneter Initiative ist es bisher gelungen, dieses Spiel durchzuführen und **einen Gewinn nach dem anderen** dabei einzuheimsen:

1. Die Nichtangriffsgarantie der Sowjetunion, die sich damit von dem Programm der Kommunistischen Internationale für die Losreißung der sogenannten „westlichen Ukraine" und der weißrussischen Grenzgebiete lossagte.

Austausch von Botschaftern

Die polnische und die deutsche Regierung sind übereingekommn, die Gesandtschaften in Warschau und Berlin mit Wirkung vom 1. November d. Js. zu Botschaften zu erheben. Die beiden bisherigen Gesandten sind zu Botschaftern ernannt worden.

Das jugoslavische Kabinett vor der Kammer

Restlose Aufklärung der Marsailler Mordtat

Am Freitag hat sich das Kabinett Uzunovic der Kammer vorgestellt. Der Ministerpräsident verlas eine Regierungserklärung, in der er auf die ernste Stunde verwies, in der die neue Regierung ihr Amt antrete. Der Tod König Alexanders bedeute einen großen Verlust für Jugoslawien, doch das zweite Ziel der Attentäter, Jugoslawien zu vernichten, wird nicht gelingen. Die Ruhe des jugoslawischen Volkes darf nicht als Passivität ausgelegt werden. Wir sind alle entschlossen, alles zu tun, damit in das Marseiller Attentat volles Licht gebracht wird und die Verantwortlichen für das Attentat sichergestellt werden. Es muß ein Ende mit allen solchen verbrecherischen Aktionen gemacht werden."

Der Ministerpräsident schloß seine vom starken Beifall unterbrochene Rede mit der Ankündigung einer Reihe wirtschaftlicher Gesetzesvorlagen.

Widerstand gegen Reformpläne

Einberufung der französischen Nationalversammlung

In der gegenwärtig im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Diskussion über die Verfassungsreformpolitik Doumergues beharren die beiden Lager auf ihren Standpunkten. Wenn dem Vernehmen nach Ministerpräsident Doumergue, der sich entgegenkommend gezeigt haben soll, auch zu gewissen Abänderungen in seinem Plan bereit ist, so besteht er doch darauf, daß die Nationalversammlung nach dem Zusammentritt des Parlaments am 6. November in Versailles tagen soll, um seine Vorschläge entgegenzunehmen. Inzwischen hat sich der Widerstand von der demokratischen Linken des Senates und den Radikalen auf auf einen Teil der Kabinettsmitglieder ausgedehnt. Im Ministerrat haben Herriot, Flandin, Marquet und Rivollet sich gegen wesentliche Punkte der Verfassungsreform Doumergues ausgesprochen Außerdem schreibt man ihnen die Absicht zu, daß sie in einer besonderen Demarche der Ministerpräsidenten auf die Schwierigkeiten seiner Reform aufmerksam machen wollen. Soviel steht fest, daß eine Entscheidung über die Verfassungsreform nicht vor Abschluß des Parteitages der Radikalen fallen wird.

Die Kammerfraktion der radikalsozialistischen Partei trat unter dem Vorsitz Chautemps' zu einer Sitzung zusammen, welche sich mit den Vorbereitungen für den Parteikongreß in Nantes befaßte. An der Sitzung nahmen die der Partei angehörenden Minister nicht teil. Der Generalberichterstatter Cornu verlas ein für den Parteikongreß bestimmtes Elaborat über die geplante Verfassungsreform. Die Partei spricht sich darin nicht gegen die Einberufung der Nationalversammlung aus, lehnt jedoch die vom Ministerpräsidenten verlangte Vollmacht zur Auflösung der Kammer ab. Auch der Vorschlag Doumergues, das Statut der Staatsbeamten in die Verfassung einzuverleiben, findet nicht die Zustimmung der Partei. Demgegenüber schlägt die Partei eine Reihe von Maßnahmen vor, welche den Regierungen eine größere Stabilität verleihen sollen.

Anschließend erstattete der ehemalige Finanzminister Georges Bonnet einen Bericht über die allgemeine politische Lage. Dem Parteikongreß wird der Antrag unterbreitet werden, die bisherigen politischen Richtlinien zu billigen, was auf eine weitere Unterstützung der Regierung durch die radikalsozialistische Partei hinausläuft.

2. Den zehnjährigen Verzicht Hitlers auf eine Aufrollung der deutsch-polnischen Streitfragen, der praktisch die endgültige Ueberlassung des sogenannten Weichselkorridors und Ostoberschlesiens an Polen bedeutet.

3. Die erfolgreiche Abschüttelung des internationalen Minderheitenschutzes in Genf.

Sein nächster Programmpunkt ist die Normalisierung der Beziehungen zu Litauen. Eine Einmischung in die Donaufragen würde dagegen im jetzigen Augenblick noch keinerlei Gewinn für Polen versprechen und das kunstvolle System der Aufrechterhaltung allseitiger Großmachtbeziehungen auf das Empfindlichste stören.

Frankreich könnte eine scharfe Parteinahme der Warschauer Regierung gegen die Tschechen gegenwärtig als letzten Anstoß nehmen, um sich ganz von Polen abzuwenden. Nicht umsonst war Dr. Benesch gerade in diesen Wochen eifrig in Paris tätig, nicht ganz vergeblich bemüht sich dort auch die Sowjetregierung um eine Widerbelebung des französisch-russischen Bündnisses der Vorkriegszeit, das das französisch-polnische Bündnis weitgehend ersetzen soll. Andererseits sind gerade bei der letzten Pariser Kabinettsumbildung die sowjetfeindlichen Kräfte wieder etwas stärker geworden, die Aussichten Polens auf versöhnliche Beurteilung seiner diplomatischen Extratouren größer. Wenn manche Reichsdeutsche Blätter glauben, daß der Warschauer Politik nichts mehr an der französischen Allianz gelegen sei, so irren sie sich gründlich. Die polnische Regierung will so lange wie möglich mit einer Höchstzahl von Trümpfen spielen. Sie will die neue deutsche Freundschaft für sich nutzen, aber das alte französische Bündnis darüber nicht verlieren. In den Donaufragen ist es Polen besonders leicht gemacht, diese Linie einzuhalten. Es brauchte in der österreichischen Frage nur völlig untätig zu bleiben, um sich damit schon den Dank der Regierung Hitler zu erwerben, die schon froh war, wenn ein größerer Staat in dieser Sache außerhalb der Reihe ihrer Gegner blieb. Es braucht jetzt nur Zurückhaltung gegenüber den ungarischen Wünschen zu üben, um Paris bereits auf das Angenehmste zu überraschen, weil man dort infolge der tschechischen Aengstlichkeit auf Schlimmeres gefaßt war.

Polens Untätigkeit in der Donaufrage ist kein ewiger Verzicht auf die Wahrnehmung seiner dortigen Interessen. Gegenwärtig erscheint den umsichtigen Warschauer Beobachtern die Neuordnung in Mitteleuropa, von der Herr Gömbös träumt, noch nicht vor der Tür zu stehen. So hat man dem ungarischen Besucher denn bedeutet, daß er sich zunächst einmal in den wirtschaftlichen Fragen mehr als bisher der polnischen Freundschaft wert zeigen solle, und ihm im übrigen weder ein Ja noch ein Nein mit auf den Weg gegeben. Alle Zukunftsmöglichkeiten hält sich die Politik der Regierung Pilsudski also im Donaugebiet offen. Es gibt keine bessere Methode, um auch weiterhin allseitig umworben und gefürchtet zu bleiben.

Italien und die Kleine Entente

Keine Verstimmungen

In Italien stellt man erneut die schiefe Berichterstattung reichsdeutscher Blätter über die italienische politische Haltung fest. Beispielsweise suchen römische Korrespondenzen dieser Blätter immer wieder, zwischen die Kleine Entente, besonders zwischen Jugoslawien u. anderseits Italien, eine Art „Störungsfeuer“ zu legen. Man spricht von angeblichen „Verstimmungen, Mißvergnügen“ und überhaupt erneuten Differenzen und behauptete im Anschluß an die Belgrader Konferenz der Kleinen Entente, Italien sei durch die dort zur Schau gestellte Einigkeit der angeschlossenen Länder „überrascht“ und sogar „verstimmt“ worden. Es soll offensichtlich die Meinung erweckt werden, Italien rechne mit einer Spaltung der Kleinen Entente.

Wie an verantwortlicher italienischer Stelle betont wird, ist Italien unverändert zuversichtlich hinsichtlich der Möglichkeiten, zu einer europäischen Verständigung zu kommen. Für in Rom wegen der Belgrader jüngsten Beschlüsse bestehende Verstimmung besteht nicht der geringste Anhaltspunkt. Im Gegenteil dürfte es das Ziel der italienischen Außenpolitik sein, gerade diesen Bündnispakt ebenso wie den Balkanblock als Ausgangspunkt der künftigen Verständigung zu benützen. In diesem Sinn begrüßt man in Rom die in Belgrad geäußerte Bereitwilligkeit aller Länder der Kleinen Entente und des Balkanpaktes zu einer europäischen Versöhnungspolitik.

Das Sterben in der deutschen Presse

Alte deutsche Blätter in Schwierigkeiten

Der Verfall der deutschen Presse scheint sich durch neue bevorstehende Katastrophen abzeichnen zu wollen. Vor einigen Tagen hat der „Tag“ sein Erscheinen eingestellt und seine Abonnenten erhalten dafür die Reichsausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“. Besorgnisse bestehen ferner um das Fortbestehen des „Berliner Tageblattes“ und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Aber auch die „Frankfurter Zeitung“ soll sich in großer Bedrängnis befinden, obwohl die Mehrheit der Aktien sich im Besitz der I. G. Farben befindet. Um das Erscheinen des Blattes überhaupt noch zu ermöglichen, hat die Belegschaft auf 25 Prozent der Gehälter und Löhne verzichtet. Von der „Kölnischen Zeitung“ heißt es, daß sie den Januar schwerlich überleben wird. Auf dem Aussterbeetat sollen ferner stehen die Münchener „Süddeutsche Zeitung“ die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ und

DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von Ludwig Osten

32. Fortsetzung.

„Es gibt einen Menschen, der mich .. aber nur mich tödlich haßt. Das ist Bärilak, den sie den großen Jäger nennen Er haßt mich ... um Märtjäs willen. Er würde mich töten, wenn er Gelegenheit dazu fände. Aber der Haß ist jung, ist nicht alt, und mein Vater ... meine Brüder, er kannte sie nicht.“

„Bärilak käme nicht in Frage. Du mußt einen anderen finden! Ein riesenhafter Wolf war der Mörder, aber hinter dem Wolf steckt ein Mensch, der ihn leitet, verlaß dich drauf. Und den müssen wir fassen und vor den Richter zerren!“

*

Schweigend wird das Mittagsmahl eingenommen.

Die frohe Stimmung vom vergangenen Tage ist wie weggeblasen. Hanna tut Olstenna leid, sie müht sich mit aller Herzlichkeit, die ihr zur Verfügung steht, ihn abzulenken.

„Wollen wir einmal einen Spaziergang machen?“ fragt sie schließlich. „Ich möchte das schöne Schloß Ihres Geschlechts mal aus der Ferne sehen. Von einem Hügel aus! Es muß schön aussehen, wenn es sich so trotzig aus der Landschaft reckt.“

Die Männer sind gern damit einverstanden, und nach dem Mittagsmahl machen sie sich auf, um zu Fuß in der Gegend umherzustreifen. Die Männer nehmen ihre Büchsen mit.

Auch Tärgade, der sie begleitet, ist mit seiner schweren Büchse, einem richtigen Bärentöter, ausgerüstet.

Hanna betrachtet die Büchse sehr interessiert und sagt dann: „Tärgade, Ihr müßt mich schießen lehren! Ja? Wollt Ihr das? Denkt, wenn ich einmal im Walde allein bin und male und ... ein Wolf oder ein Bär kommt.“

„Sie werden nicht allein malen, mein Fräulein. Das ist zu gefährlich jetzt, da der große Wolf wieder die Gegend unsicher macht!“

„Aber trotzdem möchte ich lernen, mit einer Büchse umzugehen!“

„Wenn Sie es wünschen und mein Herr erlaubt es!“

Olstnna nickt mit müdem Lächeln „Erfüll' meinem Gast den Wunsch, Tärgade.“

Sie kommen an dem Zwinger vorbei Die Hunde wittern den Herrn, und sie rasen hinter dem Gitter.

„Wollen wir sie mitnehmen, Tärgade?“ fragt Olstenna lächelnd.

Tärgade nickt erfreut. „Ja, Herr ... laßt sie springen! Sie sind wie gute Freunde!“

Graf Olstenna muß sich kräftig dagegenstemmen, als die wilde Meute in ihrem Freudentaumel auf ihn losstürmt und ihn anspringt. Jeder verlangt nach einer Liebkosung.

Aber sie gehorchen aufs Wort und, begleitet von den schwärmenden Hunden, ziehen sie los.

*

Sie wandern durch mittelhohe Fichtenwälder, die unten dicht mit Moos bedeckt sind. Hin und wieder wechselt der Wald und lichte freundliche Birken grüßen sie, die auf den mäßigen Erhebungen der Landschaft, wo sie dem scharfen Ostwinde ausgesetzt sind, wie verkrüppelte Zwerge wirken.

Die Birken geben der Landschaft ein ungemein liebliches Bild.

Die Luft ist klar und rein, die Sonne scheint warm. Der Sommer ist angenehm und mild. Hanna kann sich kaum vorstellen, daß im Winter hier die Kälte über 30 Grad erreicht.

Von einem Hügel bietet sich ihnen ein wundervoller Blick in die Landschaft. Von ferne ragt Schloß Olstenna trutzig empor.

Hanna stößt einen Laut des Entzückens aus. „Olstenna, wie schön ist Ihre Heimat!“ sagt sie begeistert. Ihr Malerauge weidet sich an dem wundervollen Bilde. „Von hier Schloß Olstenna schauen .. das verlangt nach dem Bilde! Schloß Olstenna, gesehen vom ... wie nennt man den Hügel ...!“

(Fortsetzung folgt!)

auch der „Schlesischen Zeitung“ sagt man das Ende voraus.

Zweifellos hat an dieser Entwicklung die sich fortschreitend verschlechternde wirtschaftliche Lage die Schuld. Ferner spielen hierbei aber auch Momente mit, die aus der „Gleichschaltung“ der deutschen Presse resultieren. Die Uniformierung ist der deutschen Presse nicht bekommen, die in ihrer reichhaltigen Verschiedenheit einmal das Spiegelbild des manigfaltigen deutschen Kulturlebens gewesen ist. Der von oben her dirigierte Zwang auf die Redaktionen alles und jedes nur durch die nationalsozialistische Brille zu sehen, hat insbesondere die intellektuellen Leser vergrämt und es ist erschreckend, wie weite Kreise sich heute in Deutschland des Zeitungslesens überhaupt enthalten.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung läuft die Monopolisierung des deutschen Zeitungswesens in den Händen einiger weniger nationalsozialistischer Verleger unter denen in erster Linie Franz Eler zu nennen ist. Die Werbemethoden dieser Verleger, die die Macht des Parteiapparates hinter sich wissen, ist von den anderen Verlegern vergeblich abzustellen versucht worden.

Der politisch interessierte Leser ist, soweit ihm das möglich ist, zur Auslandspresse übergegangen, da ihm die deutsche Presse kein objektives Bild der außenpolitischen Lage mehr vermittelt. Es gehört zu den Gepflogenheiten des amtlichen Propagandaapparates die außenpolitische Lage so darzustellen, wie man sie haben möchte, nicht wie sie wirklich ist, wobei die sich dann von selbst einstellenden Korrekturen unberücksichtigt bleiben.

Bekenntniskirche oder Reichskirche

Noch keine Entscheidung gefallen

Die ursprünglich auf Dienstag angesagte und dann auf Donnerstag verlegte Vereidigung des Reichsbischofs Müller ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die Festsetzung der Vereidigung auf Donnerstag hat man als Entscheidung des Reichskanzlers zugunsten Müllers angesehen. Es wurde die Version verbreitet, daß die amtlichen Stellen im Widerstand der Bekenntniskirche nicht eine rein religiöse, sondern eine politisch bedeutungsvolle Gegnerschaft erblicken, die gebrochen werden müsse. Der Widerstand gegen die Bekenntniskirche wird besonders auf die Reichsminister Rust und Darre sowie Alfred Rosenberg und Baldur von Schirach zurückgeführt.

Die neuerliche Verschiebung soll ohne Zweifel zur Klärung beitragen. Es wird ein Entgegenkommen an die Bekenntniskirche erwartet. Auch soll der bayrische Landesbischof Meiser wieder in sein Amt eingesetzt werden. Gerüchtweise verlautet, daß der Rechtswalter der Reichskirche Dr. Jäger sein Amt verlassen wird.

*

Die „Basler Nationalzeitung“ schreibt: Im Auftrage von 16 000 protestantischen Bauern aus Bayrisch-Franken hat eine Deputation beim Reichsstatthalter v. Epp und beim Ministerpräsidenten Siebert vorgesprochen, um die **Wiedereinsetzung des Bischofs Dr. Meiser zu verlangen.**

Aus Pleß und Umgegend

Am 31. Oktober wird in ganz Polen ein Spartag gefeiert. Das Programm dieses Tages steht u. a. eine Rundfunkrede des Präsidenten des Zentralsparkomitees, Dr. Henryk Gruber, vor. Ferner sollen in allen Schulen, im Heer und in anderen staatlichen Organisationen Vorträge über das Sparen gehalten werden. Der Spartag in Polen soll dazu beitragen, den Spargedanken in die breitesten Schichten der Bevölkerung hineinzutragen.

Schulfrei. Mit Rücksicht darauf, daß zwischen Allerseelen und Sonntag ein Wochentag liegt, wurde von der Schulaufsichtsbehörde der Wojewodschaft angeordnet, daß der Unterricht in sämtlichen Schulen von Allerheiligen bis Sonntag, den 4. November ausfällt.

Zur Erinnerung. Wir erinnern noch mals an den am Montag, den 29. d. Mts. auf dem hiesigen Marktplatz stattfinden den Ankauf von Remonten.

Gastspiele des Bielitzer Stadttheaters. Wir werden nunmehr von der Direktion des Bielitzer Stadttheaters verständigt, daß der Plan eines Gastspieles in Pleß demnächst durchgeführt werden soll. Die Bilitzer gedenken sich mit dem 3 aktigen Lustsjiel mit Musik „Straßenmusik“ von Paul Schurek hier vorzustellen. Nähere Ankündigungen folgen noch, sobald der Termin des 1. Gastspielabends feststeht.

Fortschreitende Elektrifizierung. Die Gemeinde Papretzan wird noch im Laufe dieses Jahres an das elektrische Hochleitungsnetz angeschlossen werden.

Der allzu pfiffige Bauer. Das Burggericht in Pleß verurteilte einen Bauern aus Loukau zu zwei Wochen Haft, weil er beim letzten Wochenmarkt der Landwirtin Hedwig Zer aus Poremba bei einem Ferkelverkauf anstatt eines Zehnzlotystückes eines von den alten großen Fünfzlotystücken absichtlich angedrht hatte. Die großen Fünfzlotystücke sind bekanntlich aus dem Verkehr gezogen.

Der „Schnapsteufel“. Wegen Staatsbeleidigung wurde die 60 Jahre alte Susanne Kantor aus Miserau von der Strafkammer in Rybnik zu drei Wochen Haft verurteilt. Ihr Sohn war wegen Eigentumsvergehens verhaftet und im Sohrauer Gerichtsgefängnis untergebracht. An einem Sonntag im August stand sie völlig betrunken an der Gefängnismauer in Sohrau, hielt in der einen Hand eine Flasche Czysty und in der andern eine Semmel und beschimpfte die Regierung. Von zwei Gefängnisaufsehern wurde sie zur Polizei geschleppt. Bei der Gerichtsverhandlung verteidigte sie sich damit, daß nicht sie, die eine geborene Polin ist, diese Aeußerung getan habe, sondern der „Schnapsteufel“, der in ihr gesteckt habe. Trotz ihres hohen Alters hatte die Frau ein so gesundes Mundwerk. daz sie wegen ungebührlichen Betragens vor Gericht sofort auf zwei Tage ins Gefängnis wandern mußte, weil sie einem Zeugen, der zu ihren Ungunsten aussagte, zurief, der Blitz sollte ihn erschlagen.

Durch Leichtsinn in den Tod. Auf den Feldern in der Nähe von Alt-Berun schlossen mehrere Jungen, die dort Vieh hüteten, eine unsinnige Wette ab, die ein Todesopfer forderte. Sie wetteten, wer am schnellsten die Masten der dort vorüberführenden Hochspannungsleitung erklettern könnte. Im Verlauf der Durchführung dieser Wette geriet der 16 Jahre alte Johann Bison beim Erklettern eines Mastes in etwa 10 Meter Höhe mit der Hochspannungsleitung in Berührung. Im Nu standen seine Kleidr in Flammen. Einer lebenden Fackel gleich hing der Junge noch einige Zeit zwischen den Kabeln, um dann als völlig verkohlte Leiche zu Boden zu stürzen.

Diebische Zigeuner. In letzter Zeit wurden im Kreise Pleß zahlreiche Einbrüche verübt, wobei in den Verdacht der Täterschaft Zigeuner gerieten, die ihre Zelte in den Waldungen bei Wyrow und Zgoin aufgeschlagen hatten. Die Polizei nahm dieser Tage in den Zigeunerzelten eine Untersuchung vor, die eine große Menge Diebesgut zu Tage förderte. Zehn Zigeuner wurden verhaftet und dem Plesser Gerichtsgefängnis zugeführt. Bis jetzt konnten den braunen Gesellen sieben Einbrüche nachgewiesen werden. Gegen mehrere Hehler wurde Anzeige erstattet.

Schwierige Pfändung. Vor der Rybniker Strafkammer hatte sich die ledige 48 Jahre alte Hedwig Raiwa aus Sussetz wegen tätlicher Beleidigung eines Gerichtsvollziehers zu verantworten und das kam so: am 5. Oktober v. Js. kam der Gerichtsvollzieher Bulla vom Sohrauer Burggericht nach Sussetz, um dort bei dem Nachbar der Angeklagten einen bestimmten Betrag zwangsweise einzuziehen. Als er im Hause niemanden traf, begab er sich in den Stall, wo die Raiwa in Vertretung des Nachbarn das Vieh besorgte. Er machte die R. mit dem Zwecke seines Besuches bekannt und verlangte Bezahlung der Summe, da er die Schuldnerin vor sich glaubte. Statt den Beamten aufzuklären, versetzte sie ihm eine Ohrfeige, gab ihm einen Tritt und riegelte die Tür des Stalles ab. Erst mit Hilfe eines Forstbeamten konnte der Gerichtsvollzieher seine Amtspflicht unter dem Wortschwall verschiedener „Schmeicheleien“ von seiten der Raiwa ausüben. Vor Gericht erklärte die Frau, daß sie den Gerichtsvollzieher für einen Betrüger gehalten habe, da sie im Vorjahre auf ähnliche Weise um 10 zl gebracht wurde. Die Entschuldigung ließ das Greicht aber nicht gelten und das Urteil lautete auf 6 Monaten Gefängnis.

Aenderung im Versicherungswesen. Dieser Tage wird der Ministerrat das Dekret über die Entschuldung der kleinen und mittleren Landwirte verabschieden. Was die Versicherungsfragen anbelangt, so sollen Verordnungen administrativen Charakters erscheinen, die die Verminderung der Verwaltungskosten bezwecken, ohne daß die Beiträge oder die Leistungen berührt werden.

Wojewodschaft Schlesien

Bielitzer Gemeindewahlen. Zu den im Monat November fälligen Gemeindewahlen haben unter den Deutschen Verhandlungen zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Liste stattgefunden. Wie die Bielitzer Blätter nun melden sind diese Verhandlungen gescheitert und die deutschen Parteien werden gesondert in den Wahlkampf gehen. Es ist jedoch beabsichtigt, die deutschen Listen miteinander zu verbinden. Auch ist zwischen den Parteien die Vereinbarung getroffen, den Wahlkampf untereinander in gemäßigten Formen zu führen. Weitere Beschlüsse wollen die deutschen Parteien in einer am 25. Oktober stattfindenden gemeinsamen Sitzung fassen.

Gottesdienstordnung!

Katholische Gemeinde.

Sonntag, den 28. Oktober, um 6,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt, 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für die Parochianen; 10,30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 28. Oktober. 10 Uhr: deutscher Gottesdienst; 11,15 Uhr: Kindergottesdienst; 2 Uhr: polnischer Nachmittagsgottesdienst; 4 Uhr: Bibelstunde im Waisenhaus in Altdorf.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.“, Pszczyna, ul. Piastowska 1.